

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39  
Telefax: 888 846 ppbn d  
Telefax: 21 88 84

## Inhalt

Walter Momper zur Frage  
der Direktwahl Berliner  
Bundestagsabgeordneter:  
Durchsichtige Verzögerungstaktik Bonns.

Seite 1

Prof. Dr. Ingomar Hauchler  
MdB zur Bonner Nord-  
Süd-Politik: Neues Konzept  
erforderlich. (Teil II und  
Schluß)

Seite 3

### Dokumentation:

Der DGB-Vorsitzende Ernst  
Breit warnte am 1. Mai in  
Berlin davor, die DDR als  
Niedriglohnland anzusehen  
und plädierte für eine baldige  
gewerkschaftliche Einheit. Auszüge seiner Rede

Seite 5

45. Jahrgang / B3

2. Mai 1990

Durchsichtige Verzögerungstaktik Bonns

Zur Frage der Direktwahl Berliner Bundestagsabgeordneter

Von Walter Momper

Regierender Bürgermeister von Berlin

Seit ich vorgeschlagen habe, die Berliner Abgeordneten für den Deutschen Bundestag zukünftig von den Berlinern direkt wählen zu lassen, hat es mancherlei Versuche gegeben, dies zu verhindern. Diese Versuche werden immer noch fortgesetzt.

Zunächst wurde von manchen in Zweifel gezogen, daß die drei westlichen Alliierten mit einer Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten einverstanden sind. Mittlerweile ist völlig klar, daß alle drei westlichen Alliierten eine solche Direktwahl begrüßen. Es wurde auch versucht, zu behaupten, daß die Sowjetunion einer Direktwahl zustimmen müßte. Führende Vertreter der CDU in Berlin waren sich nicht zu schade, sich mit dieser unhaltbaren Rechtsauffassung hinter der Sowjetunion zu verstecken. Mittlerweile ist völlig klar, daß die Sowjetunion keinerlei Mitspracherecht in dieser Frage beanspruchen kann. Obendrein hat sie ja bereits vor über zehn Jahren die Direktwahl Ost-Berliner Abgeordneter in die Volkskammer zugelassen. Selbstverständlich ist auch am 18. März 1990 die demokratisch gewählte Volkskammer mit direkt gewählten Ost-Berliner Abgeordneten besetzt worden.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Fremdlicher Umgang  
mit wertvoller Naturstoffe  
Recycling-Papier



Nachdem nun die Versuche, die eigene Ablehnung des Wahlrechts für die Berliner hinter den Alliierten zu verstecken, kläglich gescheitert sind, hat man etwas Neues gefunden. Unterschiedliche Auffassungen über die Einteilung der Bundestagswahlkreise werden zum Vorwand genommen, um notwendige Entscheidungen zugunsten der Direktwahl weiter zu verzögern. Diese durchsichtige Verzögerungstaktik liegt auch dem Beschluß der Bundesregierung vom Mittwoch voriger Woche zugrunde. Angesichts der Bedeutung der im Bundestag anstehenden Entscheidungen im Prozeß der deutschen Vereinigung ist es unverantwortlich, den Westberlinern noch länger die Möglichkeit vorzuenthalten, auch ihre Stimme mit in die Waagschale zu legen.

Ich appelliere daher als Regierender Bürgermeister von Berlin mit allem Nachdruck an die CDU/CSU, umgehend ihren hinhaltenden Widerstand aufzugeben. Die Berliner CDU muß sich ohnehin langsam klar werden, was sie will. Bekanntlich ist der Vorschlag der Berliner CDU zur Wahlkreiseinteilung in der Berliner CDU selbst umstritten.

Ich danke zugleich der SPD-Bundestagsfraktion für ihre Initiative zugunsten einer Direktwahl der Berliner. Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür sorgen, daß nicht die West-Berliner die einzigen in Deutschland bleiben, denen das grundlegende demokratische Recht vorenthalten bleibt, ihre Abgeordneten zum zentralen Parlament direkt zu wählen.

(-/2.5.1990/va-he/rs)

\* \* \*

**Nord-Süd-Politik der Bundesrepublik (Teil II und Schluß)**

**Reichen die bisherigen Rezepte aus oder bedarf es neuer Überlegungen  
für künftiges politisches Handeln?**

**Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB**

Entwicklungspolitik darf nicht mehr als Einbahnstraße von Nord nach Süd begriffen werden. Sie muß über die gegenwärtigen Lippenbekenntnisse hinaus wirkliche Kooperation praktizieren.

Entwicklungspolitik muß sich aus globaler Verantwortung auch an der Formulierung der künftigen Konsum- und Produktionsmuster in den eigenen Industrieländern beteiligen können.

Entwicklungspolitik sollte sich zunehmend aus der Fixierung auf punktuell gesetzte und von außen her konzipierte einzelne Projekte lösen und sich mehr und mehr darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen für eine autonome Entwicklung im Süden zu schaffen: durch Reformen der Weltwirtschaft, aber auch durch Mithilfe bei strukturellen Fortschritten in der ökonomischen, sozialen und politischen Verfassung der Entwicklungsländer selbst. Stichworte sind Agrarreform, Kapitalbildung im eigenen Lande, Binnenmarkt, Partizipation, vor allem aber - die Basis jeder Entwicklung und Produktivität - Bildung und Ausbildung.

**II. Grundlinien einer neuen Nord-Süd-Politik**

Die bisherige Nord-Süd-Politik greift zu kurz, um die globalen Probleme zu bewältigen. Folgende Grundlinien müssen die Nord-Süd-Politik der Bundesrepublik Deutschland in den 90er Jahren leiten.

1. Die Bundesrepublik Deutschland muß endlich das Ziel, mindestens 0,7 Prozent ihres Brutto-sozialproduktes für die Entwicklungspolitik einzusetzen, erreichen. Sie hat sich dazu bereits vor langen Jahren im Rahmen der OECD verpflichtet.
2. Finanzielle Zusagen gegenüber Entwicklungsländern sollten in Zukunft grundsätzlich nur noch in Form von Zuschüssen erfolgen. Kredite dürfen nur noch ausnahmsweise und nur für produktive Investitionen, die sich kurzfristig amortisieren, vergeben werden. Alles andere ist unsolid.
3. Die Mittel, die aus früheren Krediten in den Bundshaushalt zurückfließen - das sind jetzt Jahr für Jahr weit über eine Milliarde DM - müssen in Zukunft wieder voll in den Entwicklungsländern eingesetzt werden. Denkbar und sinnvoll ist, aus diesen Mittel revolvingende Entwicklungsfonds in den Entwicklungsländern nach dem Modell des ERP-Plans zu finanzieren.
4. Wir müssen endlich Schluß damit machen, daß die Entwicklungspolitik für eigene kurzfristige wirtschaftliche und politische Interessen mißbraucht wird. Entwicklungspolitische Leistungen dürfen nicht an das Ziel, deutsche Exporte zu fördern und an politisches Wohlergehen geknüpft werden.
5. Die Bundesrepublik muß sich an der Spitze einer internationalen Initiative zur Lösung der Verschuldungskrise setzen. Dazu gehört, daß der Staat alle seine Möglichkeiten nutzt, um die Banken zu veranlassen, auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten. Der Schuldendienst der Entwicklungsländer muß an ihre langfristige Leistungsfähigkeit angepaßt werden. Alles andere ist irrational oder eine willkommene Basis für politische Erpressung.

6. Den ärmsten Ländern müssen die öffentlichen Schulden vollständig erlassen werden, wenn sie zu Reformen bereit sind, die der breiten Bevölkerung zugute kommen. Kleine Schritte in diese Richtung sind in den letzten Jahren getan. Ausmaß und Tempo des Schuldenerlasses bleiben aber weit hinter den Notwendigkeiten zurück.
7. Entwicklungspolitische Leistungen dürfen nicht mit den Auflagen des internationalen Währungsfonds, wie sie heute definiert sind, verknüpft werden. Sie zielen zu einseitig auf kurzfristige Zahlungsfähigkeit und sind oft sozial und ökologisch verheerend. Sie gefährden demokratische Prozesse und hemmen eine konsistente, langfristige Entwicklungspolitik.
8. In der Entwicklungspolitik muß es zu mehr Konzentration der Kräfte kommen. Schwerpunkte müssen sein: die ländliche Entwicklung, der Aufbau der Binnenmärkte, die Aktivierung eigenen Sparkapitals (das ist möglich), vor allem aber Bildung und Ausbildung - die Basis jeglicher eigenständiger Entwicklung. Wir sollten aber auch darauf bestehen, daß ökonomische Entwicklungen etwas mit der Verwirklichung von Menschenrechten, Demokratie und Partizipation zu tun haben.

Fazit:

-----  
Nord-Süd-Politik, will sie mithelfen, globale soziale Katastrophen abzuwenden und für die zukünftigen Generationen die Lebensgrundlagen zu erhalten, kann sich nicht mehr in einzelnen Projekten erschöpfen, auch nicht in Mildtätigkeit. Sie muß die Rahmenbedingungen von Entwicklung korrigieren, sie muß Strukturen verändern - im Süden, aber auch bei uns selbst. Dies setzt eine Korrektur bisheriger Axiome, Begriffe und Strategien voraus, und dies hat auch damit zu tun, wie wir in den reichen Ländern leben, wie und was wir produzieren und ob wir in der Weltwirtschaft wirklich faire Strukturen wollen und Ausgleich statt Dominanz.

(-/2.5.1990/vo-he/rs)

\* \* \*

## DOKUMENTATION

=====

**Ernst Breit: Noch vor der staatlichen die gewerkschaftliche Einheit realisieren**

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit warnte am 1. Mai in Berlin davor, die DDR als Niedriglohnland anzusehen und rief dazu auf, solche Vorstellungen durch die baldige gewerkschaftliche Einheit abzuwehren. Passagen aus seiner Rede:

Unsere Geschichte lehrt uns: Eine starke unabhängige Gewerkschaft ist eine erste Voraussetzung dafür, daß Arbeitnehmerinteressen nicht unter die Räder kommen.

Es ist doch unübersehbar, daß so manche westdeutsche Unternehmer und Politiker von einem neuen Niedriglohnland zu träumen scheinen, von einer DDR, in der möglichst wenig an sozialer Sicherheit, an Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten besteht, von einem Land, in dem sie möglichst wenig durch starke Gewerkschaften behelligt werden.

Und ebensowenig übersehbar ist die Hoffnung so mancher westdeutscher Unternehmer und Politiker, eine solche DDR auch als Einfallstor für Sozialabbau in der Bundesrepublik oder später in einem geeinten Deutschland nutzen zu können. Darum ist es unser gemeinsames Anliegen, solche Vorstellungen zurückzuweisen. Darum ist es unser gemeinsames Anliegen, daß die DDR und später das geeinte Deutschland ein Land mit Gerechtigkeit, sozialer Sicherheit, Demokratie und Wohlstand für alle wird. Darum treten wir auch für starke Gewerkschaften in der DDR ein. Wir treten dafür ein, daß sich die Gewerkschaften in der DDR aus den Betrieben heraus erneuern.

Wir unterstützen auch die Neubildung von Gewerkschaften, die demokratisch legitimiert, frei und unabhängig sind. Wir wollen mit diesen erneuerten und neu gebildeten Gewerkschaften eng zusammenarbeiten.

Es ist unser Ziel, noch vor dem staatlichen Einigungsprozeß Deutschlands den gewerkschaftlichen Einigungsprozeß zu erreichen. Und: Wir erheben unsere Forderungen gegenüber den beiden Regierungen.

Gewiß wird der wirtschaftliche Erneuerungsprozeß in der DDR nicht von heute auf morgen den von uns allen erwünschten Erfolg haben können. Gewiß wird einige Zeit vergehen, bis die Löhne und Gehälter oder die Renten in der DDR das in der Bundesrepublik vorhandene Niveau erreicht haben. Es muß sogar mit Rückschlägen gerechnet werden. Ich denke hier vor allem an die drohende Arbeitslosigkeit. Aber: Es ist nicht zuletzt eine Frage der politischen Gestaltung, diesen Anpassungszeitraum so kurz wie nur eben möglich zu halten. Es ist eine Frage des politischen Willens, von vornherein die Grundlagen für eine soziale und demokratische Entwicklung in der DDR zu schaffen.

Diese Grundlagen beginnen schon bei einem akzeptablem Umtauschkurs bei Einführung der Wirtschafts- und Sozialunion. Mir scheint, daß das, was sich hier abzeichnet, sich sehen lassen kann.

Aber: Die Grundlagen für eine soziale und demokratische Entwicklung in der DDR müssen auch durch entsprechende Gesetze geschaffen werden.

Tarifautonomie, Streikrecht und Aussperrungsverbot, die qualifizierte Mitbestimmung auf betrieblicher und auf Unternehmensebene gehören ebenso dazu wie der Kündigungsschutz oder ein vollwertiges System der sozialen Sicherheit.

Solche gesetzlichen Regelungen sind auch für die Bundesrepublik von großer Bedeutung. Wenn zum Beispiel heute für die DDR eine sehr geringe Besteuerung der Unternehmen gefordert und eingeführt wird, ist die Gefahr groß, dies später auch im geeinten Deutschland fortzuführen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wären es, die dies letztendlich zu bezahlen hätten.

Wenn dagegen umgekehrt in der DDR ein Recht auf Arbeit oder ein Recht auf Wohnen gelten würde, bestünde die Chance, daß dies später in einem geeinten Deutschland eine gute Grundlage zur Lösung der hier vorhandenen Probleme wird.

Wir freuen uns darüber, wenn die Bonner CDU Verständnis für die Forderung aus der DDR zeigt, dort Mitbestimmungsrechte zu schaffen, die über die in der Bundesrepublik geltenden Rechte hinausgehen. Die Bundesregierung scheint dies aber anders zu sehen. Sie will offensichtlich mit ihrem Entwurf für einen Staatsvertrag erreichen, daß in der DDR schlechtere Mitbestimmungsrechte als in der Bundesrepublik gelten. Sie will offensichtlich erreichen, daß die Vorschriften über Sozialpläne nicht gelten sollen.

Auf gut Deutsch: Entlassungen können die Betriebsräte ohnehin nicht verhindern. Sie sollen noch nicht einmal dazu in die Lage versetzt werden, die wirtschaftlichen Nachteile zu mildern, die die Arbeitnehmer in solchen Fällen treffen.

Wir sagen dazu: Dies fordert unseren Widerstand heraus!

Wir sagen dazu: Wir brauchen dringend bessere Mitbestimmungsrechte in ganz Deutschland!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grundlagen für eine soziale und demokratische Entwicklung in der DDR müssen schließlich auch durch finanzielle Hilfen der Bundesrepublik gelegt werden.

Riesige Investitionen sind erforderlich ; für eine saubere Umwelt, für eine gute Infrastrukturausstattung und für neue Arbeitsplätze.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist das Recht auf Arbeit ein soziales Grundrecht. Es müßte Verfassungsrang erhalten und durch eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik verwirklicht werden.

Konsequenzen aus der unzureichenden staatlichen Beschäftigungspolitik der letzten Jahre sind überfällig! Zwei Millionen Menschen warten noch immer auf eine neue Lebensperspektive!

Diese Konsequenzen sind auch deswegen überfällig, weil neben der Arbeitslosigkeit noch zahlreiche weitere Aufgaben angepackt werden müssen.

(-/2.5.1990/vo-ha/rs)

\* \* \*